

Diskussion : zu Willy Spielers offenem Brief an den Genossen Lafontaine (NW 3/2000) ; Wie die Sozialdemokratie nicht den Kapitalismus, sondern sich selbst überwindet ; Time out und anders weiter, Sozialdemokratie!

Autor(en): **Kaestli, Tobias / Spieler, Willy / Schürmann, Maximilian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **94 (2000)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144241>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zu Willy Spielers offenem Brief an den Genossen Lafontaine (NW 3/2000)

Lieber Willy

In deinem offenen Brief an Lafontaine nimmst du Bezug auf die Diskussion in der SP-Programmkommission, an der auch ich beteiligt war. Du bezeichnest mich als «einsamen Befürworter des Schröder/Blair-Papiers». Was soll das heissen? Ich hielt es für wichtig, über das Papier zu diskutieren, aber nicht weil ich es «befürworten» oder gegen deine Argumente, die ich zum Teil schon kannte, verteidigen wollte, sondern weil ich hoffte, auf diesem Weg aus der Enge der in der Kommission herrschenden Selbstverständlichkeiten ausbrechen zu können. Das Papier wirft Fragen auf, denen wir uns stellen müssen.

Das Schröder/Blair-Papier: Thesen zum Nachdenken

Im Juni 1999, gerade als die Schröder/Blair-Thesen bekannt wurden, war ich für einen Monat in Berlin und bekam mit, wie sich von Tag zu Tag immer neue Leute zu Wort meldeten. Das Papier war veröffentlicht worden, ohne dass es vorher breit diskutiert, allseitig abgeschliffen und entschärft worden wäre. Gerade deshalb war es geeignet, das Nachdenken anzuregen. Viele Genossen und Genossinnen rieben sich daran, wiesen die provokativen Sätze in pauschaler Art zurück oder, was wertvoller war, versuchten, von ihnen ausgehend oder ihnen widersprechend, sich genauer darüber Rechenschaft zu geben, *was Sozialdemokratie eigentlich sei*. Dieses Sich-Rechenschaft-Geben, dieses Nachdenken wäre doch die Aufgabe einer Kommission, die von den Grundwerten her das Programm der SP Schweiz neu schreiben möchte.

Das Schröder/Blair-Papier ist kein Programm, das wir in irgendeiner Art übernehmen könnten; es geht von politischen Voraussetzungen aus, die in der Schweiz ganz anders sind. Deshalb ist es nicht so, dass ich das Papier der Kommission «beliebt zu machen» versuchte, wie du schreibst. Ich wollte eine *Diskussion* beliebt machen, die, um es ein wenig polemisch zu sagen, über den Konsens hinausgreift, der zwischen dir und Ursula Koch besteht. Denn in unserer Partei muss ein breiteres Spektrum von Meinungen als dasjenige der paar Leute in der Programmkommission Platz haben.

Schröder und Blair seien meine Vorbilder schreibst du, wie wenn ich die Absicht hätte, Regierungschef zu werden. Leider wäre ich dazu ganz und gar unfähig. Ich suche mir also bescheidenere Vorbilder. Was mich in meiner Haltung zu Schröder und Blair von dir unterscheidet, ist lediglich dies: Ich bin vorläufig nicht bereit, die beiden unterschiedslos als Neoliberale einzustufen.

Wir brauchen Reformen

Du teilst offenbar die *Meinung Lafontaines*, wonach die Regierung Schröder seit dem Frühjahr 1999 bereit sei, «die Sozialdemokratie zu verabschieden». Nur Lafontaine wäre deiner Meinung nach im Stande gewesen, innerhalb der neuen deutschen Regierung die sozialdemokratischen Grundwerte zu verteidigen, und als er ging, war «der Damm gegenüber der neoliberalen Flutwelle» gebrochen.

Neoliberale Flutwelle? Was meinst du genau damit? Ich habe den Eindruck, es gebe in der SP eine Tendenz, alles, was in Richtung Umstrukturierung und institutioneller Reform geht, als neoliberal zu brandmarken und zu bekämpfen. Wir brauchen aber Umstrukturierungen und Reformen, damit wir den zwei Hauptproblemen der Gegenwart begegnen können, nämlich erstens den *ökologischen Problemen*, und zweitens den *Problemen des menschlichen Zusammenlebens* in einer Weltgesellschaft, die einerseits durch Mobilität, andererseits durch die tiefe Kluft zwischen stark industrialisierten reichen Ländern und schwach industrialisierten armen Ländern gekennzeichnet ist.

Ich halte die *Grundwertediskussion* und damit auch die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus für *wichtig*. Aber sie sollte nicht völlig abheben von den konkreten Problemen, die politisch zu lösen sind. Politik ist Kommunikation, ist ein Sich-Verständigen, ein Sich-Einlassen auf ein gemeinsames Vorgehen, und dazu braucht es *partiellen Konsens mit Andersdenkenden*. Das ist nur möglich, wenn man nicht ideologische Mauern aufrichtet, wenn man nicht mit Feindbildern arbeitet und um jeden Preis Recht behalten will.

Neoliberalismus nicht überbewerten

Der Neoliberalismus ist eine Ideologie, die gegenwärtig noch im Schwang ist. Einige meinen, er sei bereits wieder am Abklingen. Jedenfalls sollten wir ihn nicht überbewerten. Er entstand, wie in verschiedenen Aufsätzen in den Neuen Wegen dargelegt wurde, in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dominierend war aber damals der *Sozialstaatsgedanke*. Diesem gegenüber vermochte sich der Neoliberalismus lange Zeit nicht durchzusetzen. Er war getragen von einer kleinen Clique von Ökonomen, die konsequent alle staatlichen Regulierungen im Bereich der Wirtschaft abschaffen wollten, um einzig «die Gesetze des Marktes» spielen zu lassen.

Erst als sich seit den achtziger Jahren die latent schon immer vorhandene Kritik am Sozialstaat wegen der wachsenden Kosten allmählich verdichtete, sahen sich die neoliberalen Ökonomen bestätigt, wurden kecker und kühner, betrieben eine eifrige *Propaganda*, und an allen Universitäten und in allen Zeitungsredaktionen wurde ihnen nachgeplappert.

Das Überhandnehmen des neoliberalen Diskurses heisst noch lange nicht, dass sich die Welt neoliberalen Vorstellungen fügen würde. Der Neoliberalismus vermag nicht alles wegzuspülen, was sich ihm widersetzt. Schauen wir doch die Realität in den EU-Ländern und in der Schweiz an. Überall sehen wir *kräftige Sozialstaaten*, die zwar partiell umgebaut, aber keineswegs abgeschafft werden.

Schreckliche Vereinfachungen

Viele SP-Mitglieder haben inzwischen die einfache Sprachregelung angenommen: Alles, was uns missfällt, ist neoliberal. Die Welt wird in *Schwarz und Weiss, Gut und Böses* eingeteilt. Lafontaine gut, Schröder schlecht. Jospin gut, Blair schlecht. Service public gut, Privatwirtschaft schlecht, AHV gut, private Vorsorge schlecht ... Das Gute zählt zur sozialdemokratischen Seite, das Schlechte zur neoliberalen Seite.

Angesichts dieser schrecklichen Vereinfachungen bin auch ich keck und kühn geworden und habe in meinem Artikel in der Roten Revue den Neoliberalismus als eine *diskussionswürdige Position* bezeichnet: «Wir Sozialdemokratinnen haben eine Position, die uns von der neoliberalen unterscheidet. Aber wie genau? Die neoliberale Herausforderung gibt uns Gelegenheit, über unsere eigene Position schärfer nachzudenken.» So formulierte ich es und meinte damit: Wir sollten uns herausfordern lassen, phantasievoll werden und manche liebgewordenen Meinungen in Frage stellen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Insofern der Neoliberalismus nicht einfach eine Wirtschaftsdoktrin ist, sondern alte Anliegen des klassischen *politischen Liberalismus* transportiert, ist er ernst zu nehmen. Auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine freiheitliche, offene Gesellschaft und keine verbiesterte Gesellschaft, wie sie Orwell in seinem Roman «1984» dargestellt hat. Es ist lehrreich, dieses Buch wieder zu lesen, denn Orwell beschreibt nicht einfach irgendeine Utopie, sondern er versucht Tendenzen zu erkennen und zu verdichten, die er damals, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, beobachtete, und zwar nicht nur im stalinistischen Russland, sondern durchaus auch in England.

Zentral in Orwells Buch ist die Auseinandersetzung mit «*Neusprech*», mit einer armseligen, auf wenige Wörter eingeschränkten Restsprache, die der Phantasie keinen Raum lässt, die differenziertes Reden und damit auch differenziertes Denken verunmöglicht. Neusprech regelt die Bedeutung der Wörter so, dass je nach Bedarf immer auch das Gegenteil gemeint sein kann.

Neusprech ist überall, und zwar auch im Jahr 2000. Da ist von den «Freiheitlichen» die Rede, und gemeint sind Haider und Konsorten in Österreich, die die Freiheit mindestens insofern verraten, als sie den Ausländern die freie politische Betätigung, die Partizipation verwehren wollen, um sie desto eher ausgrenzen und zu Sündenböcken machen zu können. Passen wir auf, dass wir Begriffe wie Freiheit und Liberalismus nicht verludern lassen, denn sonst könnten wir auch deren konkreten Gehalt verlieren.

*

Zum Schluss gestatte ich mir eine Bemerkung, die mit dem Vorangehenden vielleicht auch etwas zu tun hat: Deine Aussage, ich sei unter Protest aus der Kommission ausgetreten, ist nur die halbe Wahrheit, denn ich protestierte schon als Mitglied der Kommission, zuerst so sanft, dass die Vorsitzende es leicht überhören konnte, schliesslich nachdrücklich genug, um gehört zu werden, worauf mich Ursula Koch kurzerhand von der Liste der Kommissionsmitglieder strich.

Mit freundlichen Grüssen
Tobias Kaestli

Wie die Sozialdemokratie nicht den Kapitalismus, sondern sich selbst überwindet

Lieber Tobias

Dein Ausscheiden aus der SPS-Programmkommission hat bei mir – und nicht nur bei mir – einige Irritation hinterlassen. Nicht etwa weil Ursula Koch dich von der Liste gestrichen hätte, sondern weil du dies noch immer behauptest. Ich erinnere mich sehr genau an die letzte Sitzung, an der du teilgenommen und dich vergeblich darum bemüht hattest, uns das Schröder/Blair-Papier – meinerwegen als Diskussionsgrundlage – beliebt zu machen. Einen Abend lang haben wir nach Argumenten für diese Diskussionsgrundlage gesucht und beim besten Willen keine gehört, auch nicht von dir. Darauf hast du dich aus der Kommission zurückgezogen. Ursula Koch und alle andern anwesenden Kommissionsmitglieder haben deine Reaktion bedauert, denn Schröder hin – Blair her, wir schätzten deine Arbeit und waren durchaus nicht bereit, auf sie zu verzichten. Ich hab's mit eigenen Ohren gehört: Dreimal hat dich Ursula Koch gebeten, trotz deiner Enttäuschung in der Kommission weiterzuarbeiten. Dreimal hast du dich verweigert und deinen Austritt als unumstößlich deklariert. Und nun verkündest du in allen Medien, die es hören wollen, die ach so autoritäre Ursula Koch habe dich wegen deiner missliebigen Meinung verstossen...

Das Beispiel ist typisch für die Art und Weise, wie Genossinnen und Genossen versuchten, Ursula Koch zum Rücktritt zu zwingen (und dabei erst noch von der Täter- in die Opferrolle zu schlüpfen). Das ist dir und den andern auch gelungen, nicht weil unsere demokratisch gewählte Präsidentin hätte zurücktreten wollen, sondern weil sie schliesslich aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste. Darüber bin ich empört. Denn damit geht der sozialdemokratischen Politik nicht nur eine überragende Persönlichkeit verloren, durch das – da und dort an Intrige oder Mobbing grenzende – Verhalten der Koch-Gegner und ihrer Mittäterinnen wurde auch der Grundwert der Solidarität zutiefst verletzt. Dieser Grundwert ist für die SP zentral. Er kann glaubwürdig nach aussen nur vertreten werden, wenn er auch im Innenverhältnis der Partei praktiziert wird. So sehr Kritik gegenüber einer Parteipräsidentin oder einem Parteipräsidenten angebracht sein mag, so wenig darf diese Kritik die Solidarität verletzen oder verdrängen.

Das Schröder/Blair-Papier – ein Kotau gegenüber dem Neoliberalismus

Du lobst das Schröder/Blair-Papier, weil es nicht «allseitig abgeschliffen und entschärft worden» sei und gerade deshalb zum «Nachdenken»

anrege. Ich habe ein *anderes Papier* gelesen, eines, das von Leerformeln nur so strotzt, Langeweile verbreitet und von den wenigstens interessierten Genossinnen und Genossen zu Ende gelesen wird. Es ist eine Zumutung für alle, die von ihrer Vernunft noch einen kritischen Gebrauch machen. Das Papier ist nicht nur abgeschliffen, es ist aalglatt – wie die beiden «Staatsmänner», die dafür verantwortlich zeichnen. Franco Cavalli bringt es auf den Punkt: «... dass ich selten in meinem Leben ein Grundsatzpapier gelesen habe, das intellektuell so schwach war wie jenes von Blair und Schröder. Es enthält keine Analyse der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse... Es ist ein Papier, das man kaum diskutieren kann...» (Weltwoche, 20.4.2000).

Das einzige Provokante ist die Beleidigung an die Adresse der *traditionellen Sozialdemokratie*, dass sie mit ihrer Sozialpolitik eine egalitaristischen (Ergebnis-)Gleichheit betrieben habe, womit Schröder/Blair der neoliberalen Ideologie aufsitzen, die sich durch die beiden Parteichefs, die sie zu allem Überdross auch noch sind, bestätigt fühlen darf.

Wenn schon *Neue Mitte* oder *Dritter Weg*, dann halte ich mich lieber an *Anthony Giddens*, der den beiden Begriffen wenigstens ein Profil gibt, das sich durch einen *ökologischen* Umbau der Gesellschaft und eine weltweit durchzusetzende *soziale Gerechtigkeit* definieren liesse. Von beidem scheint das Schröder/Blair-Papier keine Ahnung zu haben. Es ist kein Beitrag für einen linken Diskurs, sondern eine weitere Streichel-einheit für die Neoliberalen, deren Kreise es nicht im geringsten stören will. Seine Zumutung für die (noch bestehende) Linke aber besteht darin, dass es den Markt als naturgegeben hinnimmt und den Standortwettbewerb munter mitmacht. Es will zwar die Menschen beruflich immer besser qualifizieren, aber nicht aus emanzipatorischem Interesse, sondern als «Humankapital». Dieser Begriff stellt gerade nicht die Menschen in den Mittelpunkt, sondern instrumentalisiert sie für den zum Selbstzweck gewordenen globalen und totalen Markt. «Links» verkommt hier bestenfalls zur Reparaturkolonne für die Schäden, die das System hinterlässt, zu dem es angeblich keine Alternative mehr gibt. Schröder/Blair gefallen sich im Kotau vor einem System, das endgültig gesiegt hat, wenn ihm kein Widerstand mehr erwächst.

Zu diesem Schröder/Blair-Papier habe ich alles Nötige in einem früheren «Zeichen der Zeit» gesagt (Dezemberheft 1999, S. 368ff.). Solltest du die Diskussion fortsetzen, bin ich dir dankbar, wenn du auf dieses «Zeichen der Zeit» und vielleicht auch auf das folgende über «Globalisierung

und Reich Gottes» (Januarheft 2000, S. 23ff.) eingehst.

Einig gegen Schwarz-Weiss-Malerei

Lieber Tobias, ich geb's ja gerne zu: In der Art und Weise, wie du mir materiell antwortest, bist du besser als dein Ruf, den du dir inzwischen bei vielen verbliebenen Linken, auch bei mir, eingehandelt hast. Du willst nichts wissen von Marktpur, von Deregulierung und Sozialabbau. Du plädiertest – wenn ich dich recht verstehe – auch für den ökologischen Umbau der Gesellschaft, ja für eine weltweite Sozialpolitik, um die Kluft zwischen armen und reichen Ländern zu überwinden. Du gehst damit über das Schröder/Blair-Papier hinaus, das diese beiden Probleme nicht zu kennen scheint.

Nicht folgen kann ich dir bei deiner Verharmlosung des *massiven Sozialabbaus*, der heute nicht nur durch die ideologische Agitation von rechts, die unter dem Stichwort «Eigenverantwortung» den «Fürsorgestaat» propagiert, sondern auch durch die reale Politik der bürgerlichen Mehrheit betrieben wird. Nichts gegen einen Umbau des Sozialstaates, wenn dieser dadurch eine umfassende Existenzsicherung – natürlich kombiniert mit Anreizen für sinnvolle Erwerbsarbeit – gewährleistet. Aber wenn du meinst, die «überall» bestehenden «kräftigen Sozialstaaten» würden keineswegs abgeschafft, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Für die Schweiz hat soeben Christine Goll in einem WoZ-Artikel (20.4.2000) aufgezeigt, wie AHV, berufliche Vorsorge, IV, Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung nicht nur «umgebaut», sondern auch «abgebaut» werden sollen, wenn es nach der bürgerlichen Mehrheit ginge. Während etwa die vom Bundesrat präsentierte 11. AHV-Revision mit einem Leistungsabbau von 1,2 Mia. Franken einhergeht, verspricht der freisinnige Finanzminister den Banken und Gutbetuchten Steuerge-

chenke, die den Staat soviel kosten, wie bei der AHV «gespart» werden soll.

Aber mit Recht wendest du dich gegen jede politische Schwarz-Weiss-Malerei (die du eben noch gegen Ursula Koch erfolgreich betrieben hast). In der Tat ist der Staat nicht das Gute schlechthin – der bürgerliche Staat schon gar nicht – und die Privatwirtschaft des Teufels. Worauf es ankäme, wäre doch gerade, *ethische Kriterien* der sozialen Gerechtigkeit und Partizipation (Mitbestimmung) für Staat *und* Privatwirtschaft zu entwickeln. Aber der Neoliberalismus ist nur schon deswegen keine «diskussionswürdige Position», weil er von einer solchen Sozialethik nichts wissen will – so explizit F.A. von Hayek. Es sind gerade die Neoliberalen, die eine Schwarz-Weiss-Malerei betreiben, indem sie den Staat verteufeln und den Markt glorifizieren.

Wichtig ist auch deine Unterscheidung zwischen Neoliberalismus und *politischem Liberalismus*. Nur müsstest du den «Neusprech» erwähnen, der beides miteinander gleichsetzt. Fakt ist, dass der Markt immer weniger freiheitsverträglich ist, je totaler er dereguliert wird. Er untergräbt die Demokratie und stellt nicht den Menschen, sondern den Profit in den Mittelpunkt. Er unterläuft das Prinzip der Gewaltenteilung, das nicht nur innerhalb der staatlichen Organe, sondern auch zwischen Staat und Wirtschaft gelten sollte. Er ist in der Tendenz totalitär, obschon er das Gegenteil zu sein behauptet, eben als «Neusprech» daherkommt.

Über all diese Fragen möchte ich mit dir diskutieren. Aber dazu habe ich nicht auf das Schröder/Blair-Papier gewartet. Es eignet sich nur, um zu zeigen, wie die *Sozialdemokratie* nicht den Kapitalismus, sondern sich selbst überwindet und dadurch *überflüssig* wird. Aber das sind gewiss nicht die Zukunftsperspektiven, die wir, wir beide, brauchen oder wollen.

Mit einem herzlichen Gruss
Willy Spieler

Time out und anders weiter, Sozialdemokratie!

Obwohl oder gerade weil ich nicht Mitglied der SP bin, erlaube ich mir, meine (partei-)unabhängige Meinung zu den jüngsten *Ereignissen in der SP Schweiz* kundzutun. Was sich in den letzten Monaten in der SP abgepielt hat, ist keineswegs ein Kasperltheater, wie die JUSOS verharmlosend behaupten, sondern ein unglaubliches *Trauerspiel*, das einer fortschrittlichen und ethischen Werten verpflichteten Partei absolut unwürdig ist. Der überraschende *Rücktritt* der zweimal demokratisch von der Parteibasis gewählten Präsidentin Ursula Koch ist nur die logi-

sche Konsequenz des gegen sie gerichteten *intri- genreichen Machtkampfes* an der Parteispitze, der für Aussenstehende wie mich absurd und schwer verständlich ist.

Nach dem Trauerspiel ...

Sie, lieber Herr Spieler, werfen in Ihrem Zeichen der Zeit einen erhellenden *Blick hinter die Kulissen* der Machtspiele in der SPD und SPS, der sehr viel Unerfreuliches offenbart. Das fast allgegenwärtige *süsse Gift des Neoliberalismus*

entfaltet seine verheerende, pathologische Wirkung bis tief in Parteien hinein, die bis anhin immun gegen dieses Gift waren und deshalb das Attribut «links» zu Recht trugen. Gewisse *Parallelen zwischen SPD und SPS* sind so augenfällig, dass ich mich allen Ernstes frage, ob sich die Schweizer Sozialdemokratie noch damit brüsten darf, ihren *linken Idealen* bis heute treu geblieben zu sein. Die ehemalige SP-Politikerin Emilie Lieberherr spricht unverblümt von einer schleichen- den «*Verbürgerlichung*» dieser Partei. Meine Frage dürfte nach dem Ausscheiden der geradlinigen, glaubwürdigen und kämpferischen «*Rosa Luxemburg*» (Jean Ziegler über Ursula Koch) aus der Führungsscrew erst recht an Aktualität gewinnen. Nicht von ungefähr gilt Ursula Koch nicht nur bei den Rechten und bei den Massenmedien, sondern auch in gewissen linken Kreisen als «*gefährlichste Frau der Schweiz*» – gefährlich für die herrschenden Ideologien des Neoliberalismus und Nationalkonservatismus.

... ein Time out !

Als überzeugter, aber auch kritischer *Linker*, der sich links von der in die «neue, rot-grüne Mitte» tendierenden SP und Grünen Partei positioniert, rufe ich die Sozialdemokratie auf, umgehend ein *Time out*, d.h. eine Denkpause, einzuschalten und danach anders als bisher fortzufahren. Zu diesem «anders weiter» gehört im Wesentlichen auch das Lösen der *politischen Hausaufgaben*, welche die SP wegen der Führungskrise sträflich vernachlässigt hat. Damit meine ich einesteils eine offensive, kraftvolle Abwehr der ungeheuerlichen *Angriffe der Blocher-Partei* auf die SP (abscheuliche Faschismusvorwürfe) und auf den Sozialstaat (Pläne für einen radikalen Kahlschlag), andernteils ein *neues Grundsatzprogramm*, das die Schweizer Sozialdemokratie dringend braucht angesichts des grassierenden ultrakapitalistischen *Neoliberalismus* und rechts-extremistischen *Nationalkonservatismus*, die beide eng zusammenhängen und die das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Klima fundamental vergiften. Sie, lieber Herr Spieler, betonen ausdrücklich in NW 11/99: «Je grundsätzlicher antisozialistisch von rechts her politisiert wird, umso mehr *tut ein Grundsatzprogramm not*, das die Grundwerte des demokratischen Sozialismus in Erinnerung ruft und anhand der Fragen unserer Zeit konkretisiert.» Wie Recht Sie doch haben!

Öko-Sozialismus statt Turbo-Kapitalismus!

Die SP sollte, statt ihre Kräfte in internen Macht- und Richtungskämpfen zu verschleissen, sich zusammenraufen und das Motto der

deutschen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert befolgen: «*Einigkeit macht stark!*» Sie sollte in einem konstruktiven Klima des gegenwärtigen Respekts die von Ursula Koch lancierte basisdemokratische *Grundwertediskussion* vorantreiben und diese in ein neues, radikales *Grundsatzprogramm* der Partei münden lassen, das die Bezeichnung «links» wirklich verdient. Dieses Programm sollte für das 21. Jahrhundert tauglich sein, auf den ethischen und politischen Grundwerten des *demokratischen Öko-Sozialismus* basieren, nicht bloss kosmetische Korrekturen des herrschenden sozioökonomischen Systems, sondern die *Überwindung des* entfesselten, globalisierten, sozial und ökologisch absolut ruinösen *Kapitalismus* anvisieren und ein zukunftsweisendes Konzept für einen neuen, dritten Weg jenseits von kollabiertem Kaserne-Kommunismus und konkurrenzlosem Kasino-Kapitalismus entwickeln. Dieser *Dritte Weg* darf keinesfalls verwechselt werden mit dem vom Neoliberalismus stark geprägten sogenannten «dritten Weg» von Blair und Schröder, der die zentrale *Systemfrage* bewusst ausklammert und das kapitalistische System durch keine echte Alternative ersetzen will.

Der Schweizer Sozialdemokratie wünsche ich, dass sie die erwähnten Hausaufgaben gewissenhaft macht und sich den berühmten Appell des Schriftstellers Günter Eich zu Herzen nimmt: «*Seid unbequem! Seid Sand, nicht das Oel im Getriebe der Welt!*»

Kein Geringerer als Michail Gorbatschow, der sich anschickt, in Russland eine sozialdemokratische Partei zu gründen, streut Sand ins Getriebe der turbokapitalistischen Weltideologie, wenn er sagt: «*Jesus und Marx* sind verkannt und falsch verstanden worden. Beide gehören zu den *wichtigsten Ideengebern* für die Gegenwart. Wir brauchen ihre Werte, wenn wir eine neue Zukunft schaffen wollen.» Dieses weise Statement ist die richtige Antwort auf das, was mein Coiffeur, ein aus Italien in die Schweiz emigrierter katholischer Kommunist, auf den Punkt bringt: «Die Menschheit und die Menschlichkeit haben keine Zukunft wegen der *Versklavung durch den Privatkapitalismus*.» Wer im Mainstream mit schwimmt und nichts (mehr) von der Systemfrage wissen will, willigt also in die eigene Versklavung ein. Bekanntlich wählen nur die dummen Kälber ihre Metzger selber!

Mit sehr kritischen, aber trotzdem solidarischen Grüßen eines NW-Lesers, dessen *Herz* – wie dasjenige der Neuen Wege – kerngesund ist, weil es ganz klar *links schlägt* und an keiner Börse gehandelt wird ...

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen
Maximilian Schürmann